

Bewegungsbad: CSU, SPD, Grüne und Landrat stützen den Vorstand

Teils heftige Kritik an der Ansbacher BAP

Uwe Schreiner: „Schäbiges Verhalten“

Wolfgang Seidel: „Populismus und ständige Störfeuer“

ANSBACH (cc) – Mit heftiger Kritik an der Bürgerinitiative Ansbacher Parteiloser (BAP) hat sich CSU-Kreisvorsitzender Jan Helmer in die Diskussion über das Krankenhauswesen eingeschaltet. Zudem bekräftigte Landrat Dr. Jürgen Ludwig im Vorfeld der heutigen Demo: Das Bewegungsbad am Klinikum Ansbach „bleibt definitiv auf Dauer geschlossen“. Verwaltungsratsmitglied Uwe Schreiner (Grüne, Windsbach) meinte, es sei „nahezu die Pflicht eines Vorstands“, ein Bad zu schließen, das jährlich Defizite „im nennenswerten fünfstelligen Euro-Bereich“ verursache.

Es sei ein „schäbiges Verhalten“, wenn es nicht wirklich um das Bewegungsbad oder die Abrechnungspraxis des Verbunds ANregiomed gehe, sondern die Themen genutzt werden, um Klinikvorstand Dr. Andreas Goepfert madig zu machen, so Schreiner. Er erwähnte in diesem Zusammenhang die jüngste Forderung der BAP, das Bewegungsbad so lange wieder in Betrieb zu nehmen, bis die Frage nach der Zuständigkeit der Träger geklärt sei. Schreiner wörtlich: „Den hinreichend bekannten notorischen Leserbrief-Schreibern mag man noch nachsehen, dass sie von der Materie keine Ahnung haben. Die BAP allerdings ist im Verwaltungsrat vertreten und umfassend informiert. Auch alle von ihren Vertretern im Verwaltungsrat gestellten Fragen sind beantwortet worden. Von daher ist es unverantwortlich und auch heuchlerisch, den Vorstand Dr. Goepfert mit haltlosen Argumenten medial zu attackieren und im gleichen Atemzug einen selbstbeförderten Imageverlust des Krankenhauses zu beklagen.“

„Eine Zuständigkeit der Träger ist nach rechtlicher Prüfung ganz klar nicht gegeben“, teilte Landrat Dr. Jürgen Ludwig mit. Der Verwaltungsrat stehe „als das wesentliche Entscheidungsgremium“ hinter der Entscheidung, das Bad zu schließen. Es gebe vergleichbare Angebote in Ansbach, etwa Bezirkskrankenhaus und Rangauklinik. Der Verwaltungsrat halte auch am Sanierungskurs fest. Man trage schwierige Entscheidungen mit, „um die Häuser in kommunaler Hand zu halten“. Mit diesem „klaren Kurs“ würden auch „große Fortschritte“ erzielt, es müssten jedoch „noch weitere Maßnahmen folgen“.

„Inszenierte Exzesse und Hetzkampagnen“

Der Krankenhausverbund benötige „die Zeit und die Möglichkeit für eine dauerhafte wirtschaftliche Gesundung“, teilte CSU-Kreisvorsitzender Jan Helmer (Windsbach) mit. „Leider aber stören einige fehlgeleitete Kommunalpolitiker der BAP aus der Stadt Ansbach den konsequenten Neuaufbau des Klinikverbundes. Die wiederholte Agitation der BAP, vorgetragen vom Fraktionsvorsitzenden Manfred Stephan, dient keinesfalls der geforderten Transparenz, schadet aber der politischen Kultur und gibt Anlass zur Sorge um das Klinikum Ansbach.“ Offensichtlich verfolge Stephan „für einen persönlichen politischen Gewinn das Ziel, die Verbundbildung der Krankenhäuser rückgängig zu machen, den Landkreis Ansbach als Partner loszuwerden, den Landrat als ständigen Verwaltungsratsvorsitzenden abzulösen und „die Geschäftslei-

tung auszutauschen.“ Der CSU-Kreisvorsitzende wörtlich: „So beweist die wiederholte Behauptung der BAP, Stadt und Landkreis seien je zu 50 Prozent am Klinikum Ansbach beteiligt, dass die BAP die Menschen bewusst in die Irre führen will. Tatsächlich gehören der Stadt Ansbach nur 40 Prozent, zudem hat sie nur 30 Prozent der Verluste abzudecken.“ Bei keinem anderen Krankenhausunternehmen in der Region gebe es „derartige von außen inszenierte Exzesse und Hetzkampagnen“.

Von „Populismus und ständigen Störfeuern“ spricht Wolfgang Seidel (Windsbach), Vorsitzender der SPD-Fraktion im Kreistag, in Richtung BAP: Wenn deren Stadträtin Monika Raschke-Dietrich behaupte, Ansbach wäre zu 50 Prozent Eigentümerin des Klinikums, sei das „gezielte Desinformation“. Ziel aller Beteiligten sei es, den Klinikverbund als modern ausgerichtetes Unternehmen zu führen, das in Zukunft schwarze Zahlen vorweisen kann. Dazu bedürfe es einer kontinuierlichen und zielorientierten Arbeit des Klinikvorstands unter Begleitung des Verwaltungsrats.

Eine positive Entwicklung sei auch bei ANregiomed möglich, denn das vom Vorstand erarbeitete Konzept zeige bereits Wirkung. Es brauche nun jedoch „Zeit und die Möglichkeit, in Ruhe arbeiten zu können“, so Seidel wörtlich.

Fränkische Landeszeitung, 30.06.2015